



Landkreis Peine

Beschämend?

**Armut in
Deutschland
auf neuem
Höchststand**

Ein tiefer Riss spaltet

oder gesellschaftliche Normalität?



Erst kam Corona, dann der Krieg Russlands gegen die Ukraine und mit ihm zweistellige Inflationsraten in Deutschland. Beides wirkt gesellschaftlich wie eine maximale Beschleunigung in der Auseinanderentwicklung von Lebensverhältnissen. Während sich gerade die Länge der 100 größten Superyachten den 100 Metern nähert, also etwa der Größe eines Fußballfeldes, nehmen Wohnungsnot, Ernährungsarmut und eine massive Beeinträchtigung von Lebenschancen auch in an sich reichen Ländern massiv zu. **Knapp ein Drittel** der Bevölkerung in Deutschland ist arm oder armutsgefährdet.



Soziale Schieflage in Niedersachsen: Jeder Vierte unter 25 armutsgefährdet

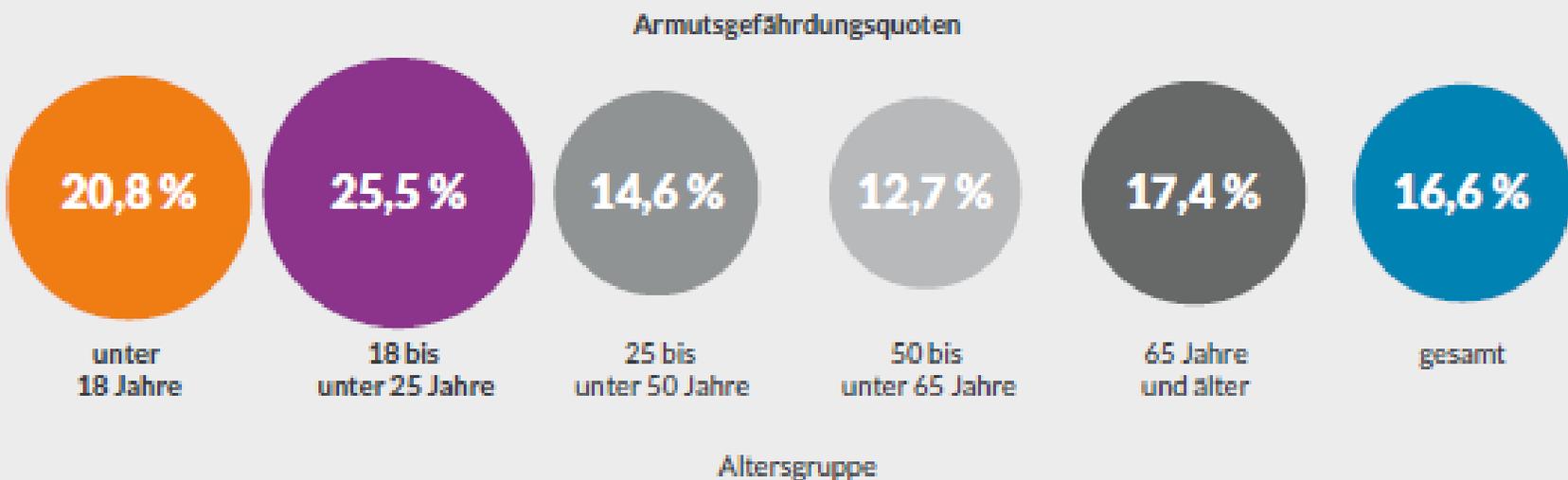
1,3 Millionen Niedersachsen an der Armutsgrenze

Von den Kindern und Jugendlichen **unter 18 Jahren** galt in Niedersachsen dem Statistikamt zufolge etwa **ein Fünftel als armutsgefährdet (21,0 Prozent)**, unter den jungen Erwachsenen **zwischen 18 bis unter 25 Jahren etwa ein Viertel (24,8 Prozent)**. Auch die **Armutgefährdung im Alter fiel 2021 mit 17,9 Prozent überdurchschnittlich hoch aus.**



Kinder- und Jugendarmut in Deutschland

ABBILDUNG 1 Armutsgefährdungsquoten in Deutschland insgesamt und nach Altersgruppen (gemessen am Bundesmedian), 2021*



*Die Daten stellen Erstergebnisse des Mikrozensus dar.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2022b), eigene Darstellung. Datengrundlage Mikrozensus.



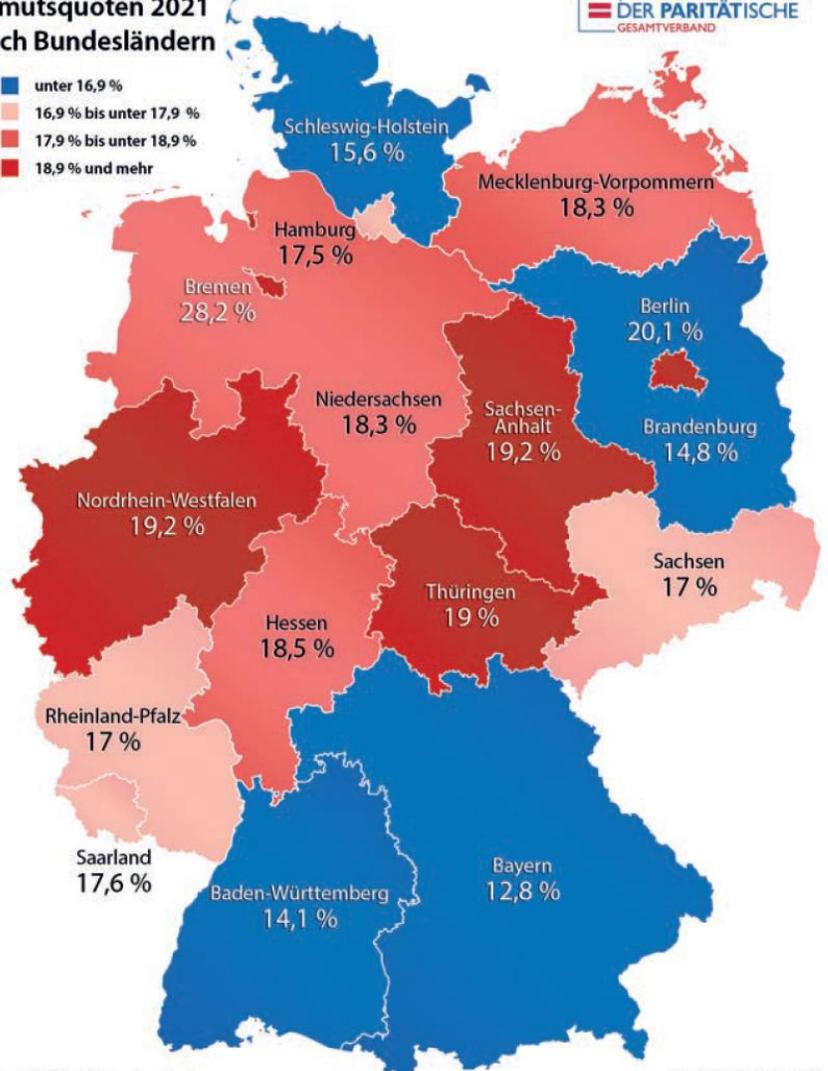
Landkreis Peine



Armutsquoten 2021 nach Bundesländern

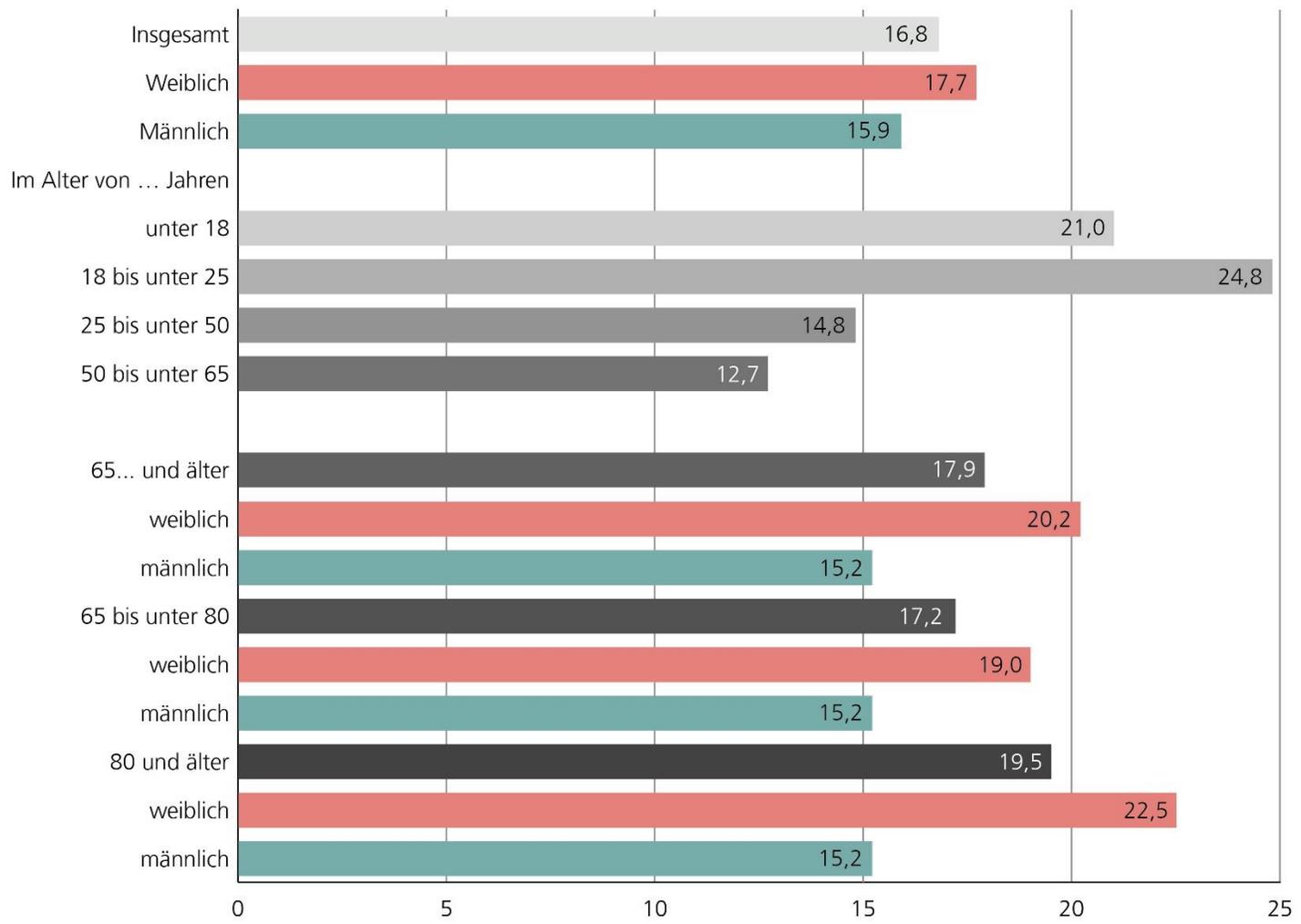


- unter 16,9 %
- 16,9 % bis unter 17,9 %
- 17,9 % bis unter 18,9 %
- 18,9 % und mehr



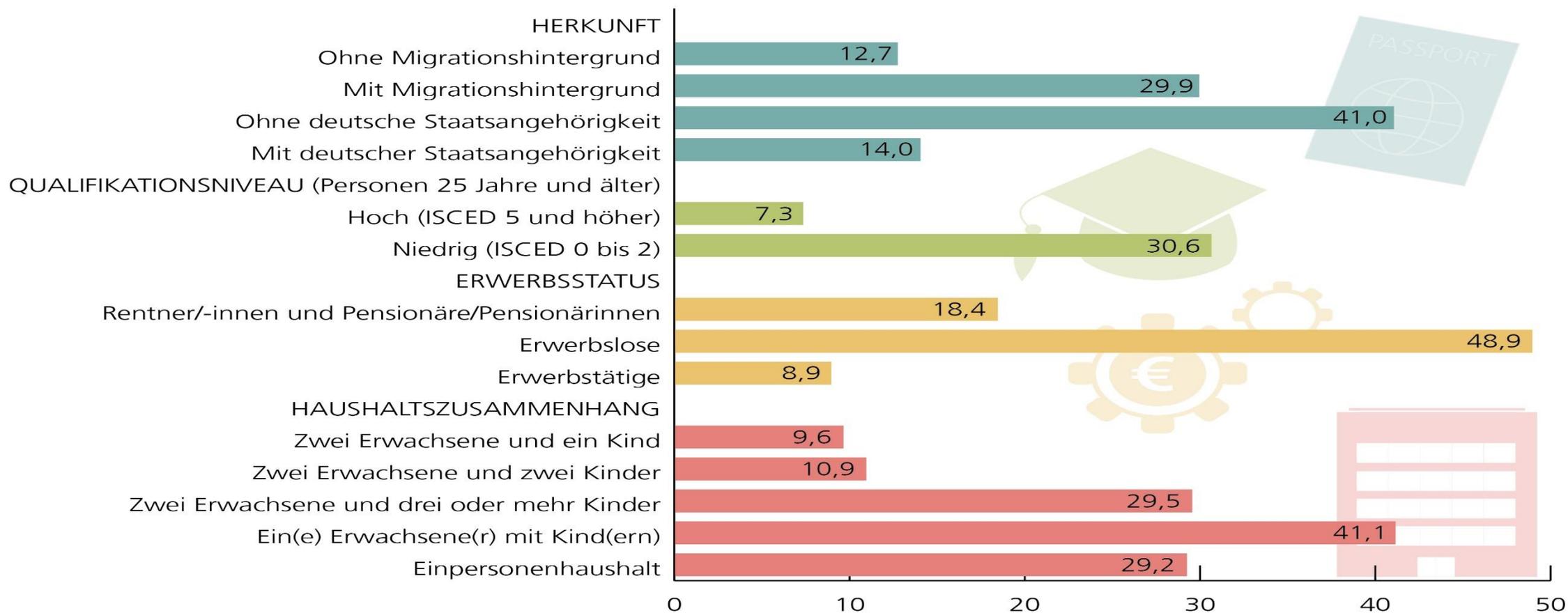
© Der Paritätische Gesamtverband Armutsbericht 2022, Aufl. 2
 Datenquelle: Mikrozensus
 Grafik: Mapcanyon/Pixabay/Eigene Bearbeitung

Armutsgefährdungsquoten in Niedersachsen nach Alter und Geschlecht (Regionalkonzept) 2021 in %





Armutsgefährdungsquoten in Niedersachsen nach Herkunft, Qualifikationsniveau, Erwerbsstatus und Haushaltszusammenhang (Regionalkonzept) 2021 in %





Wie wird Armut gemessen /definiert?

Es gibt zwei in der Wissenschaft anerkannte Armutsdefinitionen:

Relative Einkommensarmutsgefährdung:

Kinder und Jugendliche gelten als armutsgefährdet, wenn sie in Haushalten leben, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens (Median des Haushaltsnettoäquivalenzeinkommens) aller Haushalte beträgt.

Sozialstaatlich definierte Armutsgrenze:

Kinder gelten als arm, wenn sie in einem Haushalt leben, der Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch – Grundsicherung für Arbeitsuchende (bis 2022 SGB II/ Hartz IV – ab 2023 Bürgergeld) erhält.



Als armutsgefährdet gilt, wer über weniger als 60 Prozent des mittleren Netto-Haushaltseinkommens pro Monat verfügt. 2021 lagen in Deutschland rund 13,1 Millionen Menschen unter dieser Schwelle, was 16,1 Prozent der Bevölkerung entspricht. Dieser Anteil wird Armutsgefährdungsquote genannt.

Das Äquivalenzeinkommen ist ein **Wert, der sich aus dem Gesamteinkommen eines Haushalts und der Anzahl und dem Alter der von diesem Einkommen lebenden Personen ergibt.** Das Äquivalenzeinkommen wird vor allem für die Berechnung von Einkommensverteilung, Einkommensungleichheit und **Armut** verwendet.

1,0 für das erste erwachsene Haushaltsmitglied, 0,5 für das zweite erwachsene Haushaltsmitglied und jedes weitere Haushaltsmitglied im Alter von 14 Jahren und darüber, 0,3 für jedes Kind unter 14 Jahren.

Im Jahr 2021 betrug das durchschnittliche Nettoeinkommen eines privaten Haushalts in Deutschland rund **3.813 Euro im Monat.**



Leben unter der Armutsschwelle

- **Alleinerziehende** 41,1%
- **Kinderreiche Familien** 29,5%
- 2 Erwachsene und 1 Kind 9,6%
- 2 Erwachsene ohne Kind 10,9%
- **Mit Migrationshintergrund** 29,9%
- ohne Migrationshintergrund 12,7%



Pressemitteilung Nr. N066 vom 16. November 2022

- 38,5 % der Studierenden waren finanziell nicht in der Lage, unerwartete größere Ausgaben zu bestreiten
- Wohnkosten: Ein Viertel der Studierenden insgesamt und mehr als die Hälfte derjenigen, die allein oder in Studierenden-WGs lebten, galt 2021 als überbelastet

Studierende fordern mehr staatliche Hilfen

Asta-Sprecher: **Viele Studenten gelten als arm** – Energiekostenhilfe ausgezahlt

PAZ: 20.04.2023



WIRTSCHAFT

Altersarmut hat ein Gesicht und das ist weiblich

„Ursachen sind die ungleiche Teilhabe an der Erwerbstätigkeit und die Unterschiede in den Erwerbsbiografien. Frauen übernehmen nach wie vor den Großteil der Betreuungs- und Familienaufgaben und sind öfter in Teilzeit beschäftigt als Männer. Am Ende eines Erwerbslebens steht immer häufiger Altersarmut und je älter, desto weiblicher ist diese Form der Armut. In der Altersgruppe über 80 beträgt das Verhältnis Frauen-Männer Armut 22,5 zu 15,2 Prozent. Altersarmut hat ein Gesicht und das ist weiblich.“



Eine bezahlbare Wohnung ist für ältere Menschen immer seltener zu finden.

FOTO: THOMAS MOYER

2,2 Millionen Unterkünfte für alte Menschen fehlen

Der Generation der Babyboomer droht Altersarmut durch hohe Mieten und Pflegekosten – Auch Obdachlosigkeit wird wohl ein wachsendes Problem

Von Johanna Apel

Berlin. Die angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt spitzt sich auch für ältere Menschen zu. Rund 2,8 Millionen Haushalte mit Seniorinnen und Senioren benötigen eine altersgerechte Wohnung. Allerdings verfügen nur 600.000 dieser Haushalte über Wohnungen, die für Rollstuhl- oder Rollator geeignet sind – 2,2 Millionen altersgerechte Wohnungen fehlen also.

Das ist eines der Ergebnisse der am Montag vorgestellten Studie „Wohnen im Alter“, die vom Pestel-Institut im Auftrag des Bundesverbandes Deutscher Baustoff-Fachhandel (BDB) durchgeführt wurde. Weil in den kommenden Jahren die geburtenstarke Generation der Babyboomer in Rente geht, drohe eine noch größere Wohnungsnot für ältere Menschen. „Deutschland rast gerade mit 100 Sachen in die ‚graue Wohnungsnot‘“, warnt Institutleiter Matthias Günther.

Laut den Erhebungen werden in 20 Jahren mehr als 21 Millionen Menschen zur Altersgruppe „67 plus“ gehören – 3,5 Millionen mehr als heute. Laut Günther sei aber nicht nur der Mangel an altersgerechten Wohnungen ein Problem, sondern auch die Altersarmut durch das Wohnen. „Künftig sei zu befürchten, dass zwei Drittel der Seniorenhaushalte, die in einer Mietwohnung leben, sich bei steigenden Wohnkosten immer mehr einschränken müssten, weil die Rente für den höherwertigen Lebensstandard nicht reiche.“ In Zukunft werden deutlich mehr Menschen als heute

auf staatliche Unterstützung angewiesen sein, um überhaupt ein Dach über dem Kopf zu haben“, lautet die düstere Prognose. „Und so bitter es ist: Auch ein dramatischer Anstieg der Altersobdachlosigkeit ist zu erwarten“, sagt Günther voraus.

Als „Armutsrisiko-Nummer eins“ sieht die Studie die Pflegebedürftigkeit im Alter. Die monatliche finanzielle Belastung in der stationären Pflege liegt nach Berechnungen des Instituts schon jetzt zwischen 1600 Euro (Sachsen-Anhalt) und fast 2600 Euro (Nordrhein-Westfalen). Mehr als die Hälfte der Seniorenhaushalte habe allerdings weniger als 2000 Euro netto im Monat zur Verfügung. Damit Menschen so lange wie möglich zu Hause leben können, bräuhle es mehr altersgerechte Wohnungen. Doch ein Alterswohnprogramm für die geburtenstarken Jahrgänge sei nicht in Sicht. Günther bemängelte etwa, dass es kein realistisches Förderpro-

„Deutschland rast gerade mit 100 Sachen in die ‚graue Wohnungsnot‘.“

Matthias Günther, Pestel-Institut

gramm der staatlichen KiW-Bank gebe. Außerdem bräuhle es Förderprogramme für die Aufteilung von Ein- und Zweifamilienhäusern. „Es geht darum, beispielsweise in einem klassischen Einfamilienhaus zwei Wohnungen unterzubringen, mindestens eine davon seniorengerecht.“ Die Bundesregierung habe das Förderprogramm „Junges Wohn-

Forderung nach Förderung

Unter den aktuellen Bedingungen sei es nicht möglich, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen oder den Bestand zu modernisieren, sagte Axel Gedaschko, Präsident des Bundesverbands deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GdW) dem RND. „Gerade beim altersgerechten Umbau

gibt es enormen Nachholbedarf“, betonte Gedaschko. Barrierearme und barrierefreie Wohnungen seien auf dem Markt stark gefragt. „Und spätestens wenn die Babyboomergeneration in Rente geht, wird dies zu einem dringenden Problem.“ Um mehr altengerechten Wohnraum zu

schaffen, brauche es deshalb sowohl im Bestand als auch im Neubau eine zusätzliche und verstärkte Förderung. „Wir hoffen, dass das aktuelle Gutachten unserer Forderung nach höherer Förderung durch den Bund mit veranschaulicht und mit direkten Zuschüssen Wohnraum zu

nen“ aufgelegt, das jährlich 500 Millionen Euro beispielsweise in Wohnheimplätze für Studierende steckelt. „Mindestens in dieser Größenordnung“ bräuhle es auch ein Programm für Alles Wohnen, forderte der Studienleiter.

Erst Anfang dieses Jahres warnte das Verbändebandnis Soziales Wohnen vor einer „drastischen Wohnungsnot“ und prognostizierte für 2023 einen Mangel von 700.000 Wohnungen. Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD) hat das Ziel ausgegeben, jährlich 400.000 neue Wohnungen zu bauen, musste aber inzwischen einräumen, dass dieses Ziel frühestens 2024 erreichbar sei.

Caren Lay, die wohnungspolitische Sprecherin der Linkspartei, schlug vor, eine Option auf Wohnungsaustausch von Senioren und jungen Familien im Mietrecht zu verankern. „So können Senioren in eine kleinere Wohnung ziehen, ohne am Ende mehr Miete zu zahlen“, sagte sie gegenüber „T-Online“. Außerdem forderte sie mehr Geld für den sozialen Wohnungsbau.

Auch der Mieterbund sieht die Bundesregierung in der Pflicht. „Der Mangel an bezahlbaren und altersgerechten Wohnungen in Deutschland ist enorm“, sagte Mieterbund-Präsident Lukas Siebenkotten dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). „Die Ampel hat zwar die Förderung für den sozialen und barrierearmen Wohnungsbau auf insgesamt 14,5 Milliarden Euro bis 2026 erhöht, richtig sind aber Investitionen von bis zu 50 Milliarden Euro“, sagte Siebenkotten.

W
fo
P
te
gt
ki
gl
di
as
da
ar

hi
ri
H
m
la
zu
di
zu
zu
Ki
2i
ri

ri
ve
m
zu
2i
bi
lo

I

m
bi
ri
di
ei
te
7i
be
fe
zu
ru
sa
4i

m
P
in
P
te
gu
Et
Le
ei
W



Auswirkungen der Corona-Pandemie

- Die Pandemie hat bestehende soziale Ungleichheiten sichtbar gemacht und weiterhin verschärft.
- Von Armut betroffene Kinder und Jugendliche haben insbesondere in materieller, kultureller und gesundheitlicher Hinsicht gelitten. Deren soziale Teilhabe war bereits vor der Pandemie stark eingeschränkt.



Materielle Lage

Die Bewältigung der Krise wurde durch folgende Faktoren erschwert:

- beengte Wohnräume, schlechte digitale Ausstattung, eingeschränkte Mobilität der armutsbetroffenen Familien.

Soziale Lage

Soziale Teilhabe von armutsbetroffenen Kindern und Jugendlichen war bereits vor der Pandemie sehr eingeschränkt:

- seltener Vereinsmitgliedschaften, keine (teuren) Hobbies, seltener Urlaube/Reisen und weniger Freunde.



Kulturelle Lage

Bildungschancen von armutsbetroffenen Kindern und Jugendlichen waren bereits vor der Pandemie eingeschränkt:

- Sprachdefizite beim Kita-Schule Übergang, wenig Unterstützung zuhause bei Hausaufgaben, verzögerter Übergang in die berufliche Bildung.

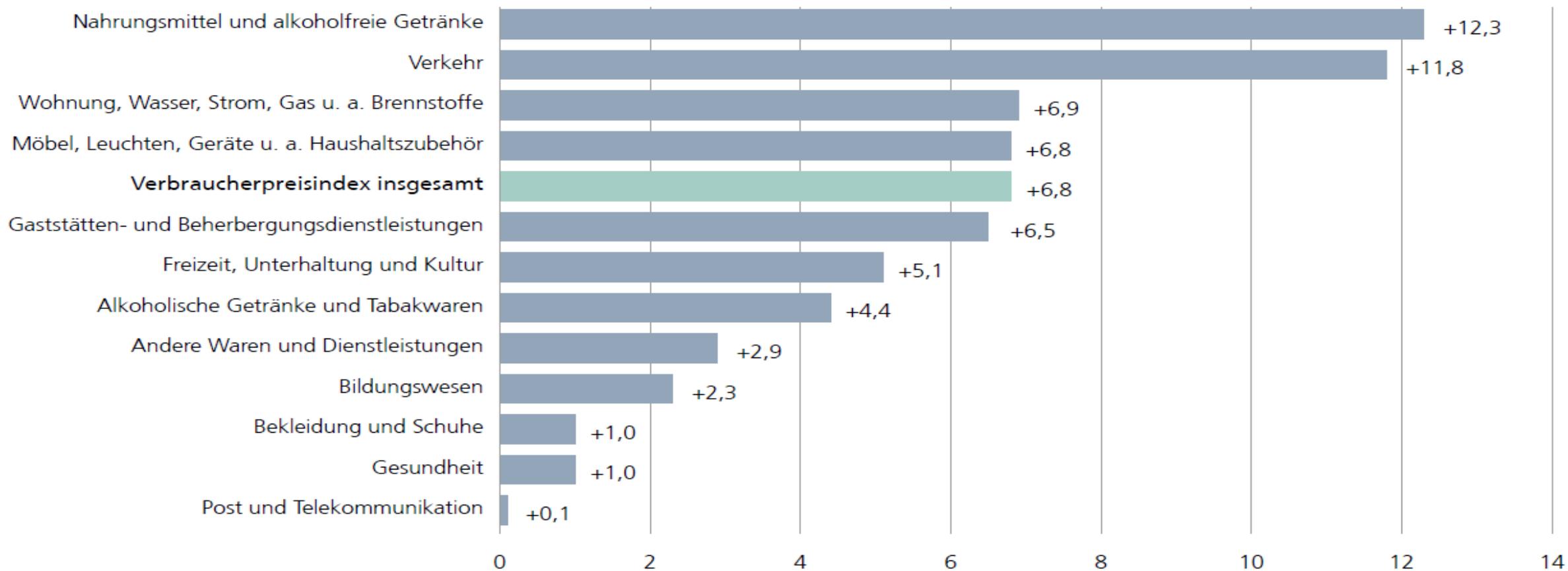
Gesundheitliche Lage

Gesundheitszustand von armutsbetroffenen Kindern und Jugendlichen war bereits vor der Pandemie auffällig:

- Zahngesundheit, Konsum von Obst und Gemüse, psychische Belastungen



Veränderung des Verbraucherpreisindex in Niedersachsen im Jahresdurchschnitt 2022 gegenüber dem Vorjahr nach Abteilungen in Prozent (2020=100)





Wirksame Armutsprävention für Kinder – **JETZT!**

Armutssensibilität als kommunale Aufgabe verstehen und durch konkrete Maßnahmen fördern

- Es braucht ein ganzheitliches Konzept, um Armutssensibilität unterschiedlichen Ebenen –von den Entscheidungsträger*innen (z. B. Fort-und Weiterqualifizierung) bis zur breiten Bevölkerung (Aufklärungskampagnen) zu fördern und
- als eine ressortübergreifende kommunale Gesamtstrategie gegen Kinder-, Jugend-und Familienarmut mit konkreten finanziellen Ressourcen zu verankern.

Öffentliche Verantwortung (nicht nur) der Kinder-/Jugendhilfe



Was braucht es?

es braucht eine systematische und strukturell verankerte Armutsprävention, die Bedarfe und Bedürfnisse armer Familien in den Mittelpunkt kommunalen Handelns rückt.

1. wirksame Armutsprävention für Kinder/Jugendliche und ihre Familien rückt in den Vordergrund und echte Teilhabechancen und ein Aufwachsen in Wohlergehen für alle Kinder wird ermöglicht
2. den flächendeckenden Auf- und Ausbau von Präventionsketten zur kommunalen Armutsprävention personell, fachlich und finanziell dauerhaft
3. den kommunal verankerten Auf- und Ausbau von Familienzentren als zentralen Baustein integrierter kommunaler Strategien zur Armutsprävention (Präventionsketten) langfristig finanziell fördern und fachlich begleiten



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit



Partizipation beginnt in den Köpfen
der Erwachsenen.